

mungsumschwung zusammen: "Sicherlich kann ich jetzt mit viel Geld in der Tasche ungefährdet den Basar durchqueren. Aber das ist doch nicht alles. Wir wollen auch frei unsere Meinung sagen können. Wir wissen von unserem Präsidenten (gemeint ist Mullah Omar) nicht einmal, woher er kommt und ob er Abitur hat oder nicht."

Licht aus zum Mittagsgebet

Noch immer sind Patrouillen des 'Amr bi-l-Maaruf', wie die nach saudischem Vorbild eingerichtete Religionspolizei

"zur Förderung der Tugend und zur Bekämpfung des Lasters" kurz genannt wird, in Kabuls Straßen unterwegs, um männliche Passanten wegen zu kurzer Bärte und Frauen wegen ihrer Ansicht nach unzureichender Bekleidung zu ermahnen oder gegebenenfalls zu bestrafen. Jeden Mittag gegen ein Uhr gehen in Kabuls Kebab-Häusern die Lichter aus. Zeit zum obligatorischen Mittagsgebet, das die Taleban angeordnet haben, um Kabuls Erde vom atheistischen Unglauben zu reinigen. Restaurantbesitzern, die sich nicht daran halten, droht eine mehrtägige Schließung

ihrer Häuser. Geschäftsleute müssen die Eisengitter vor ihren Läden herunterlassen. Auf der Pul-e-Cheshti-Straße fährt langsam ein Lautsprecherwagen der Taleban entlang, dessen Fahrer Passanten aufhält, die nicht in Richtung Moschee gehen. Doch während er die Ausrede eines von ihnen beiseite wischt, er habe Dringendes zu erledigen, entwischt dutzende Andere in sichere Seitengassen. Religiöse Fanatiker werden auch die Taleban aus den meisten Afghanen nicht machen.

Vergessen hinter den Weißen Bergen

von Thomas Ruttig

An einem einzigartigen Krankenhaus in Afghanistan wird symptomatisch sichtbar, wie die Bevölkerung international "unbeliebter" Länder bei der Entwicklungshilfe leer ausgeht.

KhAD sein Werk verrichtete und den hier alle nur nach seinem Gründer 'Dr. Jochs Hospital' nennen, ist sorgfältig verschlossen. In den 40 Betten, die eine atemberaubende Sicht auf die schneebedeckten Gipfel des Spinghar ("Weiße Berge") bieten, liegt seit Monaten niemand mehr. Die Tür des OP zierte ein Siegel. Im Treppenhaus vergilbt der letzte Dienstplan. Neue Ausrüstungen warten noch in der Originalverpackung auf ihren Einsatz. "Niemand hat hier etwas angerührt, auch die Taleban nicht", sagt Mir Ahmad stolz, der mit ein paar Wächtern in der Sonne döst, die hier in dieser subtropischen Stadt auch im Winter noch wärmt, und ab und zu die Rosen im Garten gießt. "Nicht eine Nadel fehlt."

Der stämmige Mann mit dem von den Taleban vorgeschriebenen Vollbart war Oberpfleger im OP. Er wartet immer noch darauf, daß er das Siegel wieder entfernen und arbeiten kann. Umso mehr, als ihm immer noch das außergewöhnliche Engagement seines früheren Chefs vor Augen steht. Dr. Ortwin Joch, erzählt er, habe hier jahrelang neun Monate im Jahr und "oft 13, 14 Stunden am Tag operiert, ohne jemals frei zu nehmen oder auch nur einen Ausflug zu machen". Mit ihm kamen Mediziner-Teams von der internationalen Chirurgenvereinigung 'Interplast', die unentgeltlich arbeiteten.

Ungefähr die Hälfte der Patienten, die er behandelte, litt an Kriegsverletzungen, erinnert sich Joch, der das Krankenhaus im Frühjahr 1989, kurz nach dem Abzug der sowjetischen Besatzer, mit Unterstützung der deutschen Hilfsorganisationen 'HELP' und 'Deutsches Afghanistan-Komitee' sowie dem deutschen Zweig von 'Interplast' im pakistanischen Peshawar gegründet hatte und

mit diesem 1995 über die Grenze nach Jalalabad gezogen war. 130 bis 140 Menschen habe man im Monat operiert und Tausende ambulant behandelt. "12.545 waren es im letzten Jahr", weiß Mir Ahmad aus dem Gedächtnis. Und 1999 dauerte im Hospital von Jalalabad nur neun Monate.

"Aus ganz Afghanistan kamen Patienten, oft gingen sie tagelang zu Fuß über die Berge, außerdem Flüchtlinge, die in Pakistan leben. Alles war hier kostenlos", erzählt Akbar Momand. "Manchmal haben wir auch Ausnahmen für Pakistanis gemacht, wenn es sehr arme Leute waren." Sogar das Internationale Rote Kreuz überwies Patienten. Der inzwischen weißhaarige Momand studierte einst in Leipzig Agrarwissenschaften, war danach "administrativer Direktor" und Dolmetscher in dem Krankenhaus und bemüht sich heute ohne Bezahlung darum, Dr. Jochs Krankenhaus wenigstens zu konservieren.

Der mußte schließlich nach Deutschland zurückkehren, als er auch noch seine Ersparnisse in das Projekt gesteckt und aufgebraucht hatte. Bis dahin half immer wieder das Auswärtige Amt über Durststrecken, zuletzt ein paar Monate lang mit den 20.000 Mark laufenden Kosten und dem Gehalt für einen Chirurgen, nachdem die EU im November 1998 ihre Förderung einstellte - die allerdings auch alle sechs Monate neu beantragt werden mußte. "Bei dieser ständigen Unsicherheit kann man kein Projekt führen", beschwert sich Joch noch heute. "Ich kann nicht anfangen, Patienten zu operieren, die mehrere Eingriffe brauchen, wenn ich nicht weiß, ob ich die Behandlung wirklich zu Ende führen kann."

Einer weiteren Förderung stehen in der Bundesrepublik wie der EU

"So eine Klinik gibt es hier tausend Kilometer im Umkreis nicht noch einmal. Sie ist die einzige mit Spezialgeräten für die Mikrochirurgie, womit unter anderem Minenverletzungen behandelt werden können", zählt Erhard Bauer auf, der seit ein paar Jahren für die 'Deutsche Welthungerhilfe' im ostafghanischen Jalalabad arbeitet. Andere Kriegsverletzungen, Verbrennungen und wiederherstellende Chirurgie, die Behandlung von Polio und urologische Operationen gehören ebenso zum Repertoire wie Weiterbildung für afghanische Ärzte und Schwestern.

Treffender gesagt: Gehörten. Denn "über dem Krankenhaus kreisen die Geier", seit im vergangenen September die ausländische Hilfe ganz versiegt, wie es Bauer ausdrückt. Der zweistöckige Neubau, in dem bis 1992 der berühmte afghanische Geheimdienst

"objektive", das heißt bürokratische, Hindernisse im Weg - die Prinzipien, nach denen Entwicklungshilfe verteilt wird: kurzfristige Nothilfe im Krisenfall, längerfristige Entwicklungshilfe zum Wiederaufbau. Dabei werden die Etats immer knapper, Mittel werden gegen alle offiziellen Bekenntnisse nach Osteuropa umgeschichtet. Das "Kosovo-Syndrom" werde auch in Afghanistan schon spürbar, erklärte jüngst Broniek Szynalski, Chef des 'World Food Programme' (WFP) der Vereinten Nationen in Pakistan.

Afghanistan ist nicht einmal ein Einzelfall. Länder mit mißliebigen Regimes oder "zerfallene Staaten" sind im Hilfsszenarium nicht vorgesehen. Mangels Partner auf Regierungsebene erhalten sie keine direkte staatliche Entwicklungshilfe, sondern nur Nothilfe. "In Afghanistan dauert der Notfall schon 20 Jahre", sagt Bauer. Der gebürtige Thüringer hat sich ebenso viele Jahre fast ununterbrochen mit dem Land beschäftigt, darüber promoviert und wurde später Entwicklungshelfer. Auch die Arbeit nichtstaatlicher Hilfswerke leidet darunter. Bei den humanitären Organisationen der EU und der UNO kann immer nur Geld für sechs Monate beantragt werden. "Das hat uns das Leben unmöglich gemacht", beklagt auch Joch die dadurch entstehende Tretmühle. Daß wegen ihrer systematischen Menschenrechtsverletzungen die Taleban nicht als Regierung anerkannt sind und auch Afghanistan deshalb nur Nothilfe bekommt, aber keine Entwicklungshilfe, darüber können Bauer und Joch nur den Kopf schütteln. "Das trifft doch nicht die Taleban", sagt der Arzt, "leidtragend sind die einfachen Leute". Joch, der für 'Interplast' inzwischen wieder in andere Länder fährt, hat inzwischen die Hoffnung aufgegeben, daß das Krankenhaus in Jalalabad noch einmal eine Chance bekommt.

Auch die Taleban, die zwar versuchen, wie eine Regierung zu wirken, sind nicht in der Lage, das Krankenhaus zu übernehmen. Das wenige Geld, das sie haben, stecken sie in den Krieg. Ein Arzt bekommt bei ihnen, wie jeder staatliche Angestellte, 300.000 Afghani im Monat - das reicht noch nicht einmal für das Brot, das eine Familie minimal benötigt. Unter diesen Bedingungen würden auch im 'Dr. Joch-Krankenhaus' bald jene Zustände einkehren, die schon in den Resten des staatlichen Gesundheitswesens herrschen: abwesendes Personal, das seine Familien mit einträglicheren Nebenjobs über Wasser halten muß, und chronischer Mangel an jeglicher Ausstattung bis zum einfachsten Verbandsmaterial.

Dabei kann in Jalalabad - und in den anderen Städten und Dörfern Afghani-

stans - buchstäblich an jeder Straßenecke sehen, wie dringend das Krankenhaus gebraucht wird. Allerorten betteln verstümmelte Männer und Kinder, während andere trotz Krücken auf der Straße herumtoben. Über den Basar humpeln immer wieder einbeinige bärtige Ex-Kämpfer. 17 Prozent der afghanischen Bevölkerung, das sind 3,5 Millionen Menschen, sind nach NGO-Angaben behindert, ein Großteil davon wegen Minenverletzungen. Mit 1,6 bis 2,5 Millionen noch nicht geräumten Minen ist Afghanistan nach Angaben des dortigen 'Mine Action Programme' noch immer das "weltweit am meisten verminnte Land".

Das ist auch ein Punkt, warum sich Erhard Bauer immer noch für das Krankenhaus einsetzt. Für ihn ist klar, daß das Projekt "zu Jihad-Zeiten" gegen die Sowjets "politisch gewollt" war. Doch seit der Afghanistan-Konflikt, nach dem Ende des Kalten Krieges, nur noch von regionaler Bedeutung ist, interessiert sich in der Bundesrepublik kaum noch jemand für das kriegszerstörte Land - außer den vielleicht 90.000 Afghanen, die hier leben, und ein paar kleinen Hilfsvereinen. Auch der ehemalige Mitträger, der Bonner Verein 'HELP', der während der sowjetischen Besetzung von allen damaligen Bundestagsparteien - also inklusive der Grünen - für Afghanistan speziell gebildet wurde, hat sich inzwischen aus dem Projekt verabschiedet. Man sei nicht ausgestiegen, sondern "ausgestiegen worden", heißt es dort, weil es weder EU- und deutsche Gelder noch private Spenden mehr für Afghanistan gebe. Die Spender und auch 'HELP' haben sich konjunkturträchtigeren Krisenregionen wie dem Balkan zugewandt.

Bauer verweist deshalb auf die "politische Verantwortung", die - über 'HELP' - auch die deutschen Parteien für Afghanistan übernommen haben und aus der sie sich seiner Ansicht nach nun nicht einfach hinaus stehlen können. "Wenn niemand weiter macht, sind die teuren Geräte bald auf dem Basar in Peschawar", sagt er ganz praktisch. Dort landet traditionell afghanisches Plündergut aus Fabriken und Museen, bis hin zu ganzen Panzern für die Schrottöfen der pakistanischen Stahlindustrie.

In Afghanistan ist das alles überhaupt nicht zu vermitteln. "Noch heute kommen jeden Tag zwischen 30 und 50 Leute und fragen, wann das Krankenhaus wieder öffnet", sagt Mir Ahmad. Er gebe ihnen immer wieder zur Antwort: "Dr. Joch versucht, in Deutschland Geld zu beschaffen." Mir Ahmad selbst kann es einfach nicht fassen, daß "die Deutschen" das Krankenhaus im Stich lassen. Er hofft von Monat zu Monat, etwas Positives von dort zu hören. Aber lange warten kann er nicht mehr -

auch er hat eine Familie, die essen will. Schnell redet er sich in Eifer: "Und noch etwas Grundsätzliches: Dieses Krankenhaus ist mit dem Namen Deutschlands verbunden. Das ist unbezahlbar. Die deutsche Regierung sollte das Krankenhaus weiterführen."

Besonders wütend ist Mir Ahmad, weil er weiß, daß Afghanistan in den 60er Jahren nicht nur eines der ersten, sondern auch eines der größten Empfängerländer deutscher Entwicklungshilfe war. Das Provinzentwicklungsprojekt Paktia war das größte Vorhaben der finanziellen Zusammenarbeit, das die Bundesrepublik je in einem Land der Dritten Welt durchführte. 416 Namen umfaßt die Liste der ehemaligen deutschen Entwicklungshelfer, die in Afghanistan einmal tätig waren. Auch als die Mujahedin in den 80er Jahren die sowjetischen Besatzer bekämpften, leistete die Bundesrepublik ihren weltpolitischen Verbündeten reichlich humanitäre Hilfe. Niemand in Afghanistan hat das vergessen, bis heute, und niemand versteht deshalb, daß das in Deutschland anders sein soll.

Bis 1997 gab es immerhin noch Projekte des Entwicklungsministeriums (BMZ) und umfangreichere Mittel des Auswärtigen Amtes. Dann mußte die BMZ-Vorfeldorganisation GTZ ihre Büros in Pakistan schließen, wo sie zuletzt wegen der Taleban nur noch tätig sein durfte. Sie unterstützte deshalb afghanische Flüchtlinge und Nichtregierungsorganisationen in Pakistan - und manchmal auch grenzüberschreitend. Zur Zeit beläuft sich die deutsche Entwicklungshilfe auf den bescheidenen Betrag von 2,5 Millionen Mark im Jahr. Zwei Millionen gibt das Joschka-Fischer-Ministerium für Minenräumung, eine halbe Million das BMZ für die 'Winterhilfe' der 'Deutschen Welthungerhilfe'. Das reicht für 460 Tonnen Weizen, 90 Tonnen Bohnen und 50 Tonnen Speiseöl. Die werden aufgeteilt auf vier Wintermonate und 15.000 Familien - die Bedürftigsten der Bedürftigen in der afghanischen Hauptstadt Kabul, wo mindestens eine Million Menschen auf auswärtige Hilfe angewiesen sind. "Was das Ausmaß der Bedürftigkeit angeht", meint Bauer, "hat das nur Symbolcharakter."